

Sehr geehrter Herr Wunder,

durch Zufall sind mir zwei ihrer Artikel zum Thema "Pflegeheim" in die Hände gefallen.

Sie haben die Situation von Pflegebedürftigen und Pflegekräften sehr klar dargestellt.

Ich kann alle Aussagen nur bestätigen.

Meine Mutter ist alzheimerdemement, seit 8 Jahren bettlägerig, ein sog."Schwerstpflegefall".

Ich bin Heimbeirat und habe einen Angehörigenbeirat mitbegründet.

Ich stelle fest, dass in allen Gremien, an runden Tischen, bei Pflegesatz- und Heimkostenverhandlungen Vertreter von Bewohnern (so sie ihre Angelegenheiten noch wahrnehmen können) Angehörigen und Betreuern fehlen.

Dabei bezahlt dieser Personenkreis aus Privatvermögen den Großteil der Heim- und Pflegekosten. Mit diesen privaten Geldern machen Träger Gewinne, gehen teilweise an die Börse.

Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber den "Kunden" muss dann auch ein gesetzlich verankertes Mitbestimmungs- und Kontrollrecht eingeräumt werden, sie sollten Vorzugsaktien bekommen sowie Dividende.

Ich bin davon überzeugt, dass wirkliche Verbesserungen nur erreicht werden können, wenn Heim- und Angehörigenbeiräte sich (ähnlich Schulelternbeiräten) regional und überregional organisieren. Vertreter aus diesen Gremien müssen gleichberechtigte Verhandlungspartner bei allen wesentlichen finanziellen und gesetzgeberischen Entscheidungen sein.

Bewohner, Angehörige und Betreuer bezahlen Unsummen und haben Angst Verbesserungen und Mitspracherecht zu fordern?

Wir sollten die Situation in der Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, als Angelegenheit eines jeden Einzelnen sehen.

Angst ist kein guter Ratgeber. Für unsere Angehörigen und für unsere eigene Zukunft hat sie fatale Folgen. Wir sollten anfangen gemeinsam den Weg unter die Füße zu nehmen, zum Wohl unserer Angehörigen und Betreuten und für unsere eigene Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen,

Brigitte Bührlen